

Medienspiegel zur Medienmitteilung der Regio Basiliensis vom Montag, 12. April 2021: «Die Regio Basiliensis fordert zur Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen einen zeitnahen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der Europäischen Union»

Print

Badische  **Zeitung**

Mittwoch, 14. April 2021

Regio Basiliensis will engere Bindung an EU

Bilaterales Rahmenabkommen

BASEL (BZ). Der Basler Verein Regio Basiliensis fordert zur Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen einen zeitnahen Abschluss der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sei notwendig, um den bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und nachhaltig positiv zu gestalten, heißt es in einer Pressemitteilung.

Ohne institutionelles Rahmenabkommen werde die EU die mit der Schweiz bestehenden bilateralen Verträge nicht mehr erneuern oder neue Abkommen abschließen, fürchtet man beim Verein. Mittelfristig würden damit Hindernisse im bilateralen Verhältnis zunehmen. Zudem drohten „einseitige Entscheidungen der EU“, wie etwa bei der Anerkennung der Börsenäquivalenz. Die Beibehaltung der aktuellen Praxis werde zur langsamen Auseinanderentwicklung beider Rechtsräume führen, schreibt Regio Basiliensis. Das Rahmenabkommen würde der Schweiz ein Mitspracherecht bei vielen EU-Regelungen geben, die aktuell einfach übernommen werden müssten.

Nichts zu unternehmen bedeute also, dass die Schweiz weiter an Mitsprache und Möglichkeiten zur Mitgestaltung des Verhältnisses zur EU verliert. Aus Sicht der Regio Basiliensis sind aber Rechtssicherheit und offene Märkte maßgebende Grundlagen des Wohlstands im Dreiländereck. Mehr als 70 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger und die zahlreichen wirtschaftlichen Verflechtungen seien ein klarer Standortvorteil für die Region. Das Bundesland Baden-Württemberg und die französische Région Grand Est seien für die Schweiz „wichtigere Handelspartner als die USA“, betont der Verein. Deshalb müsse der EU-Marktzugang für die Schweizer Wirtschaft in der Region gesichert bleiben, sei Grenzgängern der unbürokratische Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt weiterhin zu ermöglichen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass „der erfolgreiche Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz auf dem europäischen Kontinent isoliert wird“, warnt Regio Basiliensis.

Die Region Basel schaut flehend nach Bern – doch eine konstruktive Europapolitik ist dort nicht zu finden

Get the Rahmenabkommen done!

Die Schweiz ist politisch ein zweigespaltenes Land. Die Innenpolitik ist fein ziseliert, auf Kantone, Gemeinden und sonstige kleine Einheiten Rücksicht nehmend. In der Aussenpolitik setzt das Land dagegen seit Jahrzehnten auf ein krudes Rezept: Gewinnmaximierung, gemischt mit Verantwortungslosigkeit. Falls wir Eidgenossen dabei ertappt werden, wie wir auf Kosten anderer profitieren, leisten wir Abbitte per Einzahlungsschein und justieren (wie im Fall von Schwarzkonten) das System etwas nach. Die Weigerung, innerhalb der internationalen Gemeinschaft eine Rolle zu spielen und Verantwortung zu übernehmen, nennen wir zwecks Aufrechterhaltung unseres Selbstbilds seit Jahrzehnten «Unabhängigkeit» oder «Eigenständigkeit».

Es ist zum Heulen, was sich derzeit in Bundesbern abspielt punkto institutionellem Rahmenabkommen mit der EU. Denn es spielt sich exakt in diesem Traditionsmuster ab. Mit einer zeitgemässen Aussen- oder Europapolitik hat dieses bundesrätliche Trauerspiel jedenfalls nicht im Entferntesten zu tun. Die jahrelange Anti-EU-Rhetorik der reaktionären Rechten und der Isolationisten hat Früchte getragen. Eine verschüchterte und eingeschüchterte Landesregierung soll nun der EU gegenüber treten und für die Schweiz eine gute Lösung herbeiverhandeln. Kann das eine gute Ausgangslage sein?

Fast schon dramatisch klingen die Appelle aus der Region Basel. «Ein Bekenntnis des Bundesrats zum Rahmenabkommen ist notwendig»,



Symbol von Grenzen und Grenzenlosigkeit: Das Dreiländereck.

Bild: Kenneth Nars (24.11.2020)

forderte die basel-städtische Regierung in einem Schreiben an den Bundesrat von Ende März. Die «Regio Basiliensis» wiederum flehte die Landesregierung diese Woche an, «sich für einen mehrheitsfähigen und ergebnisorientierten Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens einzusetzen». Im Bundesparlament gehören mit Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) und Eric Nussbaumer (SP) zwei Politiker aus der Region zu den profiliertesten Stimmen für eine durch das Rahmenabkommen geordnete Beziehung zur EU – notabene eine Wirtschaftsvertreterin und ein Linker.

Sie alle wissen, wovon sie sprechen: Unsere (Grenz-)Region kann wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich nur gedeihen, wenn wir über klare Parameter verfügen, die eben diese Grenzen so durchlässig wie möglich machen. Leider hat sich der schweizerische Diskurs zu Europa in den vergangenen Jahren massiv verschoben. Wer heute für eine geregelte Integration des Landes in die Staatengemeinschaft um uns herum eintritt, vertritt eine Minderheitenposition. Der Mainstream kommt von rechts, votiert wie beschrieben für Gewinnmaximierung ohne Verantwortung und findet in der Diskussion um das Rahmenabkommen und «fremde Richter» eine neuerliche Plattform für ihre platten, unilateral ausgerichteten Argumente.

Selbstverständlich gibt die EU seit einiger Zeit kein gutes Bild ab. Sie wirkt wie eine Schweiz im Grossformat, die unter anderem an Wachstums-

schmerzen, an ihrer eigenen Form des Kantönligests und gleich an mehreren Röstigraben leidet.

Am Beispiel des Brexit lässt sich gut illustrieren, was es bedeutet, wenn etwas in diesem Konstrukt zerbricht. Die Kosten dafür, dass die Briten wieder ihren Grossmachtfantasien nachhängen dürfen, sind enorm: Die Wirtschaftszahlen sind dramatisch schlecht, es drohen jahrelange, zähe Verhandlungen mit der EU für viele Bereiche des Zusammenlebens, und in Nordirland flammt ein alter Konflikt auf. «Get it done» war in diesem Fall nur Slogan, im Fall der Schweiz würde es einen Neustart markieren.

Wir sind zum Glück längst nicht auf dieser Eskalationsstufe wie die Briten. Es wäre aber fatal, würde Bundesbern die Anliegen der Wachstumsregion Basel vernachlässigen, gerade weil sie so selbstverständlich zu funktionieren scheint. Die Pandemiemassnahmen haben in unserer Region ans Licht gebracht, wie fragil das europäische Gefüge ist. Auf Gewinne zu hoffen und sich der Verantwortung zu entziehen, hat für die Schweiz vielleicht im nationalistischen Teil des 20. Jahrhunderts geklappt. Ein taugliches Rezept für das 21. Jahrhundert ist das aber überhaupt nicht.



Patrick Marcolli
patrick.marcolli@chmedia.ch

Online

Die Oberbadische

Montag, 12. April 2021

Für Rechtssicherheit und offene Märkte



Die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen stecken fest. *Foto: Die Oberbadische*

Basel - Die Regio Basiliensis fordert zur Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union einen zeitnahen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen, wie es in einer Mitteilung von gestern heißt.

Aus Sicht der Regio Basiliensis sind Rechtssicherheit und offene Märkte maßgebende Grundlagen unseres Wohlstands. „Mit mehr als 70'000 Grenzgängern als klarer Standortvorteil für die Region, vielen Firmen mit Niederlassungen im Nachbarland und Geschäftsbeziehungen über die Grenzen hinweg bestehen in der trinationalen deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion enge politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungen.“

Das Land Baden-Württemberg und die Région Grand Est seien für die Schweiz wichtigere Handelspartner als die USA, schreibt der Verein. Der EU-Marktzugang müsse für die Wirtschaft in der Region gesichert bleiben, und den Grenzgängern müsse der

unbürokratischer Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt weiterhin ermöglicht werden. „Die Sicherung des bilateralen Weges ist zudem maßgebend, um die Mitwirkung der Schweiz an Europäischen Programmen wie Horizon oder Erasmus+ sicherzustellen. Es besteht die Gefahr, dass der erfolgreiche Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz auf dem Europäischen Kontinent isoliert wird.

Die Nordwestschweiz profitiert von der Zusammenarbeit angesehener Universitäten und Hochschulen aus dem ganzen Oberrheingebiet – beispielsweise im Universitätsverbund Eucor oder der Allianz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften am Oberrhein TriRhenaTech“, erklärt die Regio Basiliensis.

Der Status Quo sei keine Alternative. Ohne institutionelles Rahmenabkommen werde die EU die bilateralen Verträge nicht mehr aufdatieren oder neue Abkommen abschließen. Dadurch würden Hindernisse im bilateralen Verhältnis zunehmen, und die Situation werde sich verschärfen, heißt es weiter. „Die Beibehaltung der heutigen Praxis führt zu einer langsamen Auseinanderentwicklung beider Rechtsräume und verunmöglicht den Dialog“, ist der Verein überzeugt.



Montag, 12. April 2021

Regio Basiliensis fordert zeitnahen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu institutionellem Rahmenabkommen

Abkommen zwischen Schweiz und Europäischer Union soll bilateralen Weg für Zukunft sichern und nachhaltig positiv gestalten.

Die Regio Basiliensis fordert zur Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen einen zeitnahen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen mit der Europäischen Union.

In Anbetracht der derzeitigen Diskussion um das institutionelle Rahmenabkommen fordert die Regio Basiliensis den Bundesrat auf, sich für einen mehrheitsfähigen und ergebnisorientierten Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens einzusetzen, damit sich Parlament und Bevölkerung mit dem Ergebnis befassen können. Sie vertritt die Auffassung, dass es das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen

Union braucht, um den bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und nachhaltig positiv zu gestalten.

Aus Sicht der Regio Basiliensis sind Rechtssicherheit und offene Märkte massgebende Grundlagen unseres Wohlstands. Mit mehr als 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger als klarer Standortvorteil für die Region, vielen Firmen mit Niederlassungen im Nachbarland und Geschäftsbeziehungen über die Grenzen hinweg bestehen in der trinationalen deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinregion enge politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungen. Das Land Baden-Württemberg und die Région Grand Est sind für die Schweiz wichtigere Handelspartner als die USA. Der EU-Marktzugang muss für unsere Wirtschaft in der Region gesichert bleiben und den Grenzgängerinnen und Grenzgängern ist der unbürokratische Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt weiterhin zu ermöglichen. Die Sicherung des bilateralen Weges ist zudem massgebend, um die Mitwirkung der Schweiz an Europäischen Programmen wie Horizon oder Erasmus+ sicherzustellen. Es besteht die Gefahr, dass der erfolgreiche Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz auf dem Europäischen Kontinent isoliert wird. Die Nordwestschweiz profitiert von der Zusammenarbeit angesehener Universitäten und Hochschulen aus dem ganzen Oberrheingebiet – beispielsweise im Universitätsverbund Eucor oder der Allianz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften am Oberrhein TriRhenaTech.

Der Status Quo ist keine Alternative. Ohne institutionelles Rahmenabkommen wird die EU die bilateralen Verträge nicht mehr aufdatieren oder neue Abkommen abschliessen. Dadurch werden Hindernisse im bilateralen Verhältnis zunehmen und die Situation wird sich verschärfen. Die Beibehaltung der heutigen Praxis führt zu einer langsamen Auseinanderentwicklung beider Rechtsräume und verunmöglicht den Dialog. So übernimmt die Schweiz bereits jetzt viele Regelungen, ohne aber ein Mitspracherecht zu haben. Das Rahmenabkommen würde uns dies ermöglichen. Zudem drohen einseitigen Entscheidungen der EU, wie beispielsweise bei der Anerkennung der Börsenäquivalenz. Mit dem Rahmenabkommen wird ein Mechanismus geschaffen, der bewirkt, dass Massnahmen bei Nichteinhaltung des Vertrags verhältnismässig sind. Nichts zu unternehmen bedeutet also, dass die Schweiz weiter an Mitsprache und der Möglichkeit zur Mitgestaltung verliert.

Mit dem institutionellen Rahmenabkommen sind der Zugang zum Binnenmarkt, dessen inhaltliche Weiterentwicklung, sowie die Rechtssicherheit sichergestellt. Die Regio Basiliensis ist überzeugt, dass es in Bezug auf die Kritikpunkte des Vertrages – staatliche Beihilfen, Lohnschutz und Unionsbürgerrichtlinie – den Willen und Wege für kreative Ansätze gibt, um eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Nichtsdestotrotz werden dynamische Entwicklungen als Folge des technologischen Wandels, der Globalisierung, der Digitalisierung oder von sozialen Veränderungen neue Abkommen zwischen der Schweiz und der EU erfordern. Ein institutioneller Rahmen ist für langfristig erfolgreiche und verlässliche Beziehungen mit der EU notwendig. Die Regio Basiliensis spricht sich daher für das institutionelle Rahmenabkommen und eine Fortsetzung des erfolgreichen bilateralen Weges der Schweiz mit der EU aus. Sie fordert den Bundesrat auf, sich für einen mehrheitsfähigen und ergebnisorientierten Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens einzusetzen, damit sich Parlament und Bevölkerung mit dem Ergebnis befassen können.